



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Thomas Wedel  
Pressesprecher

[thomas.wedel@bfw-bund.de](mailto:thomas.wedel@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **BFW-Umfrage: Wegfall von KfW-55-Förderung gefährdet energieeffizienten Neubau**

**Berlin, 23.11.2021.** Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen kritisiert die Streichung des Förderstandards KfW 55 im Neubau. Hintergrund ist eine Umfrage unter den rund 1.600 Mitgliedsunternehmen des Verbandes. „Der Wegfall der Förderung wird nach Ansicht vieler BFW-Unternehmen für steigende Kosten bei Bauprojekten sorgen. Außerdem wird der wirksame Klimaschutz im Gebäudesektor aufs Spiel gesetzt. Denn ohne die Förderung ist nur noch der gesetzliche Mindeststandard wirtschaftlich darstellbar“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel in Berlin.

In der BFW-Umfrage hatten mehr als 90 Prozent der teilnehmenden Unternehmen angegeben, dass sie die Übergangsfrist bis zum 31. Januar kommenden Jahres für zu kurz halten. Rund 84 Prozent der teilnehmenden Unternehmen rechnen durch mögliche Umplanungen mit Verzögerungen bei der Fertigstellung von Projekten. Knapp 90 Prozent der teilnehmenden Firmen gaben an, dass Wohnungsbau im KfW-55-Standard ohne Förderung nicht wirtschaftlich darstellbar sei.

BFW-Präsident Andreas Ibel erwartet, dass viele Bauträger und Projektentwickler auf den gesetzlichen Mindeststandard umstellen: „Durch den Wegfall der Förderung werden entscheidende Fortschritte beim Klimaschutz im Gebäudesektor gefährdet. Unsere Umfrage zeigt, dass sich eine Umplanung auf den höheren Förderstandard KfW 40 für die meisten Bauträger derzeit nicht lohnt“, so Ibel weiter. „Solche Umplanungen sind mit deutlich höheren Kosten verbunden, die durch Förderung dann nicht mehr kompensiert werden.“

Ausdrücklich unterstützt der BFW-Präsident die Forderung der Bauministerkonferenz, die KfW-55-Förderung zu erhalten: „Sollte die Bundesregierung dennoch bei ihrer Entscheidung bleiben, muss zumindest die Übergangsfrist verlängert werden“, so Ibel. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hatte vor wenigen Wochen bekanntgegeben, dass Förderanträge für KfW 55 nur noch bis Ende Januar gestellt werden können.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.